

—
Schriftgröße



Streit um Referentenstelle

Politiker mächtig sauer auf Rosenke

Von MICHAEL SCHWARZ, 07.12.10, 07:01h

Mitte Oktober hatte sich die Persönliche Referentin von Landrat Günter Rosenke für die Zeit bis Ende 2011 von den Kollegen verabschiedet, weil sie ein Baby bekam. Rosenke besetzte die Stelle rasch neu - zu rasch, wie einige Kreistagspolitiker meinen.

KREIS EUSKIRCHEN - Gute fünf Wochen ist sie alt. Ein richtig süßer „Wonneproppen“ sei das Mädchen, das Kathrin Poganski kürzlich zur Welt gebracht habe, berichten ihre Kollegen aus der Kreisverwaltung. Mitte Oktober hatte sich die Persönliche Referentin von Landrat Günter Rosenke für die Zeit bis Ende 2011 von den Kollegen verabschiedet. Aus gutem Grund. „Ich freue mich, dass Frau Poganski das Jahr der Familie im Kreis Euskirchen wörtlich genommen hat“, erklärte Rosenke gestern. Für die junge Mutter sitzt nun der Jurist Anno Zilkens in der dritten Etage des Kreishauses, gegenüber des Landratsbüros. Denn nachdem Poganski in Mutterschaft gegangen war, hatte Rosenke die Stelle rasch neu besetzt - zu rasch, wie einige Kreistagspolitiker meinen.

So etwa Uwe Schmitz. „Auch der Landrat hat sich an Beschlüsse des Kreistags zu halten. Das hat er in diesem Fall nicht getan“, erklärt der SPD-Fraktions-Chef auf Anfrage der Rundschau. Denn 2006 hatte der Kreistag das so genannte Personalausgaben-Einsparungsgesetz verabschiedet. Demnach sollen frei werdende Stellen beim Kreis möglichst erst nach einer gewissen Zeit wieder besetzt werden - in der Regel nach einem Jahr. Daran habe sich der Landrat nicht gehalten, er habe den Kreistag zudem nicht über die Neubesetzung der Referentenstelle informiert, so der Vorwurf. Ein Fehler, den Rosenke eingesteht: „Ja, das hätte ich machen sollen.“

Diese Einsicht bewahrt den parteilosen Verwaltungschef allerdings nicht vor heftiger Kritik - etwa aus den Reihen ehemaliger CDU-Parteifreunde. „Mit derart unüberlegtem Aktionismus kippt der Landrat jenen Wasser auf die Mühlen, die ihm hochherrschaftliches Verhalten vorwerfen“, sagt Kreisfraktions-Geschäftsführer Bernd Kolvenbach. Zumindest eine Information des Kreistags wäre angebracht gewesen. Um die Gerechtigkeit im Kreishaus sorgt sich hingegen Hans Reiff. „Uns geht es darum, dass alle Bereiche in der Verwaltung gleich behandelt werden“, erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Landrat: Referent ist unverzichtbar

Werden also in anderen Bereichen Personalkosten gespart und der Chef selbst hält sich nicht daran? „Nein“, widerspricht Rosenke: „Das Personalausgaben-Einsparungsgesetz sieht Ausnahmen vor“, so der Landrat, etwa wenn es um die Fürsorgepflicht des Verwaltungsleiters gehe: „Wir haben mehr Arbeit als Köpfe.“ So sei das Jugendamt kürzlich vom Kreistag mit drei Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst - unter anderem für die Vorbeugung vor Misshandlungen - bedacht worden. Auch auf die Besetzung der Referentenstelle, die keine Mehrkosten verursache, könne nicht verzichtet werden, ohne dass die Qualität leide: „Wenn Kreistagsmitglieder das bemängeln, dann sollen sie mal zeigen, wie es ohne geht.“

Der Referent bereite Termine für den Landrat vor - politische wie auch repräsentative. Gerade Politiker hätten oft Anfragen an die Verwaltungsspitze und forderten eine schnelle Antwort. Auch das sei eine Aufgabe des „Persönlichen“. Ohne einen Referenten würde die Verwaltung zudem arg an Bürgerfreundlichkeit einbüßen, so der Landrat: „Denn hier gehen die Kontakte ein. Auch das Beschwerdemanagement ist Aufgabe des Referenten.“ Zudem habe er die Personalie in Absprache mit dem Personalrat vorgenommen, fügt Rosenke hinzu.

Warum aber habe er die Stelle nicht innerhalb der Verwaltung ausgeschrieben, fragten kürzlich Mitglieder der Arbeitsgruppe „Finanzen, Personal und Controlling“ den Landrat. Das habe er nicht für sinnvoll gehalten, weil sich schon gut ein Jahr zuvor kein Bewerber aus dem Haus gemeldet habe. Daher sei mit Kathrin Poganski eine „Externe“ zum Zuge gekommen. Eine neuerliche, am Ende wohl erfolglose Ausschreibung, hätte zu viel Zeit gekostet.

Landrat Rosenke weist auch darauf hin, dass gerade die von ihm geführte Verwaltung in den vergangenen Jahren mehr Personalkosten eingespart habe als von der Politik vorgegeben worden sei: „Uns wurde aufgegeben, von 2005 bis 2010 insgesamt 1,5 Millionen Euro einzusparen, tatsächlich wurden es 2,7 Millionen.“

Für die kommenden Jahre seien weitere Einsparungen in Millionenhöhe beschlossen worden - das sei eine große Herausforderung, so Rosenke: „Wir drehen hier doch keine Däumchen.“